

Europa braucht Herz, Verstand – und Mut!

Deutschland im Herbst 2021. Das Land hat gewählt. Die Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen steuern auf eine erste Ampelkoalition im Bund zu. Die Wahlprogramme waren klar pro Europa, der Wahlkampf aber eine herbe Enttäuschung, denn Europa kam darin so gut wie nicht vor. Das Sondierungspapier lässt auf mehr hoffen, bleibt jedoch recht vage, was Deutschlands künftigen Europakurs angeht. Aus föderalistischer Sicht ist es höchste Zeit, dass Berlin mehr Verantwortung für die weitere Entwicklung der Europäischen Union zeigt. Die Erwartung ist groß, dass die neue Regierung mit Herz und Verstand an die Aufgabe geht, das europäische Projekt wieder voranzutreiben.

Angesichts der enormen Herausforderungen, vor denen Europa steht, wird die neue Regierung auch einigen Mut brauchen. Business as usual, ein Durchwursteln, wird nicht mehr reichen, wenn es denn je gereicht hat. In der EU haben die Fliehkräfte von Krise zu Krise immer weiter zugenommen. Der Blick auf die kommenden Monate lässt den politischen Beobachter frösteln. Moskau weiß die europäische Abhängigkeit vom Gas für seine Zwecke zu nutzen und Europas Spaltung voranzutreiben. Europa droht ein kalter Winter, den EU-Partnern ein neuer Stresstest.

Der Rechtsstaatskonflikt mit Polen gefährdet die Union mehr noch als der Brexit. Lenkt die Regierung in Warschau nicht ein, ist das ein Sprengsatz für die europäische Rechtsgemeinschaft. An Polens Außengrenze vollzieht sich wie vielerorts in Nordafrika und im Mittelmeer ein humanitäres Drama, das Europas Unvermögen offenlegt, eine gemeinsame Migrationspolitik zu entwickeln. Auch außenpolitisch ist die EU nicht ansatzweise handlungsfähig, vielfach gespalten, während in Brüssel von einer strategischen europäischen Autono-

mie geträumt wird, die jeder Grundlage entbehrt. Dass Europa gut aufgestellt wäre, die Klimaziele zu erreichen, zumal in Ermangelung einer schlüssigen Energiepolitik, wäre eine sehr optimistische Annahme. Neben Inflationssorgen, getrieben vor allem durch die Energiepreisexlosion, sieht Europa auch einem weiteren Pandemie-Winter entgegen.

Vor diesem Hintergrund tagt, von der Öffentlichkeit so gut wie nicht beachtet, die Konferenz zur Zukunft Europas. Die uneinigen EU-Staaten wollen sie totschweigen, aber eine Hochglanzbroschüre mit lauwarmen, unverbindlichen Konferenzergebnissen wird nicht reichen. Das Europäische Parlament setzt zu Recht mit großer Mehrheit darauf, dass die Konferenz Empfehlungen hervorbringt, die auch zu konkreten Ergebnissen führen. Bevorzugt im Rahmen der bestehenden Verträge, im Zweifel auch als Aufgabe für einen Konvent.

Die neue Bundesregierung wird den gordischen Knoten zerschlagen müssen, zu dem sich all diese ungelösten Probleme schürzen. Das kann nur mit einer kraftvollen, ideenreichen, ansprechenden neuen Europa-Agenda gelingen, die die Partner mitnimmt und die Menschen begeistert. Ob die Bundesregierung diese Aufgabe annimmt, wird davon abhängen, ob sie wirklich mehr sein will, als nur die Summe ihrer Teile, und ob es gelingt, wieder die deutsche Verantwortung für die europäische Integration zu leben. Auch eine Regierung Scholz wird dies nicht allein tun können, sie braucht dazu eine große Mehrheit der EU-Partner und ganz besonders Frankreich.

Und sie braucht die Zivilgesellschaft, die Menschen, wie sie etwa in unserer überparteilichen Europa-Union für die europäische Idee eintreten. Deshalb werden wir auch die neue Bundesregierung konstruktiv-kritisch begleiten und



Aufbruchstimmung: Der Plenarsaal wird für die konstituierende Sitzung des neuen Bundestags vorbereitet. Während Rot-Gelb-Grün noch über eine Ampelkoalition verhandelt, ist eines schon klar: Business as usual in der Europapolitik reicht nicht mehr. Die neue Regierung wird Herz, Verstand und Mut brauchen.

*Foto: Deutscher Bundestag/
Felix Zahn – Photothek*

gerne Partner und Katalysator sein für einen den europäischen Geist im Lande belebenden Austausch zwischen der Politik und den Menschen. Unsere Vorstellungen und Ziele liegen auf dem Tisch. Sehr viel davon spiegelt sich auch in den Programmen der Parteien, die sich nun anschicken, das Land hoffentlich in europäischem Geist und in gemeinschaftlicher Verantwortung zu regieren. Mögen sie ihren Worten Taten folgen lassen!

*Christian Moos, Generalsekretär der
Europa-Union Deutschland*

Mehr Europa wagen

Ausblick auf den EUD-Bundeskongress 2021

Der 64. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland (EUD) markiert eine Wegmarke in der Geschichte unseres Verbandes: Zum ersten Mal treten die Delegierten am 13. und 14. November virtuell zur wichtigsten Gremientagung des Bundesverbandes zusammen. Das Programm ist dabei nicht weniger ambitioniert als bei Präsenzkongressen und das zu absolvierende Arbeitspensum anspruchsvoll.

Unter dem Motto „Mehr Europa wagen – unsere Zukunft ist es wert“ wird der Kongress kurz vor dem 75. Gründungsjubiläum der Europa-Union am 9. Dezember wichtige Entscheidungen für die künftige Arbeit des Verbandes treffen. Im Kontext der Konferenz zur Zukunft Europas und im Lichte der zurückliegenden Bundestagswahl werden wir die aktuellen europapolitischen Herausforderungen diskutieren und unsere föderalistischen Standpunkte formulieren. Unsere Erwartungen an die deutsche Europapolitik unter einer neuen Bundesregierung werden dabei eine zentrale Rolle spielen.

Die Themenpalette der politischen Anträge, die zur Beratung anstehen, ist breit. Im Leitantrag fordert die Europa-Union den neuen Bundestag und die nächste Bundesregierung auf, mehr Verantwortung für die Gestaltung von Europas Zukunft zu übernehmen. Welche kurzfristigen Schritte ergriffen werden müssen, wird in sechs Punkten dargelegt. Die Zukunftskonferenz, die aus Sicht des Verbandes zu konkreten Ergebnissen und Veränderungen führen muss, ist ebenfalls Gegenstand einer Beschlussvorlage. Im Fokus der Debatte steht darüber hinaus die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik, der Kongress nimmt im Besonderen die EU-Strategie im Spannungsfeld zwischen China und den USA in den Blick. Stellung beziehen will die Europa-Union außerdem zur europäischen Sozialpolitik und den Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der EU. Auseinandersetzen

werden sich die Delegierten überdies mit der Forderung nach einer sanktionsbewährten „schwarzen Liste“ im Kampf gegen Steueroasen und Regelungen für Briefkastenfirmen, die in einem Antrag erhoben wird.

Mit der Neuwahl des Präsidiums wird der Kongress die personellen Weichen für die Verbandsführung in den kommenden zwei Jahren stellen. Zudem gilt es, die Satzung anzupassen, um Onlineformate für Gremientagungen grundsätzlich zu ermöglichen und Mindeststandards für geheime Beschlüsse und Wahlen zu integrieren. Im Regelwerk soll ferner die Einberufung eines gemeinsamen Bundesausschusses der EUD mit der JEF Deutschland verankert werden.

Beschlossen werden soll auch ein verbandsübergreifendes Leitbild, das nach innen Orientierung für die eigene Arbeit gibt und nach außen dabei hilft, die Europa-Union stärker von anderen Akteuren zu unterscheiden und sich besser zu positionieren.

Über die Ergebnisse des 64. Bundeskongresses informieren wir zeitnah auf unserer Website und in der kommenden Ausgabe von „Europa aktiv“.

**VERANSTALTUNGSANGEBOTE
IM VORFELD DES KONGRESSES**
Nicht nur für Delegierte! Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Dienstag, 9.11.21, 19.30 Uhr
Verbandsleben nach der Pandemie: Wie gelingt der Restart? Außerdem: EUD in Zahlen – Was uns Mitglieder-Statistiken erzählen können
Online-Veranstaltung auf Einladung der AG Verbandsentwicklung

Freitag, 12.11.21, 19.30 Uhr
Rechtsstaatlichkeit ade? Die EU zwischen Anspruch und Wirklichkeit
Online-Bürgerdialog in unserer Reihe „Europa: Wir müssen reden“

Für weitere Informationen und zur Anmeldung verfolgen Sie unsere Website oder melden Sie sich unter Tel. (0 30) 30 36 20 130 bzw. info@europa-union.de.



Herrliche Aussichten ... verspricht uns der Bundeskongress 2022 in Augsburg. Endlich wieder ein großes Verbandsstreffen mit persönlichen Begegnungen und Gesprächen! Das Sahnehäubchen – der geplante Empfang im Goldenen Saal der Stadt – versüßt die Vorfreude!

Foto: Regio Augsburg Tourismus GmbH, Siegfried Kerpf

Das soziale Europa fest verankern

Die Europäische Säule Sozialer Rechte – wie weit sind wir?

Rückblick: Im April 2017 forderte der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, die Beendigung des Wettbewerbs um immer niedrigere Sozialleistungen. Es gelte, Vorbehalte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der europäischen Idee zu überwinden. Von vielen werde sie überwiegend als ein Wirtschaftsprojekt und zu wenig als ein Sozialprojekt verstanden. Er forderte ein Triple-A-Rating für den sozialen Bereich. Die Integrationskraft des Kontinents werde kaum sichtbar angesichts der europaweit hohen Jugendarbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten. Umso wichtiger sei es, Prioritäten für mehr soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen. Es gelte, konkrete Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger zu liefern.

Einführung

In seiner jährlichen Rede zur Lage der Union stellte Juncker im September 2017 vor dem Europäischen Parlament die Europäische Säule Sozialer Rechte (ESSR) vor. Sie enthält Elemente für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, das gemeinsame Engagement für sozialen Schutz, Chancengleichheit und die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Im November 2017 wurden 20 Grundsätze beim Sozialgipfel von Göteborg von den Staats- und Regierungschefs der damals 28 Mitgliedstaaten feierlich programmiert.

Im Jahr 2020 wurden Sozialpartner, Organisationen der Zivilgesellschaft, Verantwortliche in den Mitgliedstaaten, Städten und Regionen sowie Bürger konsultiert. Webinare wurden veranstaltet und Inhalte von Aktionsprogrammen entwickelt.

Fortschritte

Im Mai 2021 fand der Europäische Sozialgipfel im Rahmen der portugiesi-

schen Ratspräsidentschaft in Porto statt. Ein Aktionsplan zur Umsetzung der ESSR wurde verabschiedet.

Demnach sollen bis 2030 drei Hauptziele erreicht werden:

- Die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen soll auf mindestens 78 Prozent steigen.
- Jährliche Fortbildungen für mindestens 60 Prozent der Erwachsenen sollen ermöglicht werden.
- Die Zahl der von Ausgrenzung und Armut Bedrohten soll um mindestens 15 Millionen verringert werden, darunter 5 Millionen Kinder.

Darüber hinaus sollen die Mitgliedstaaten eigene nationale Zielsetzungen festlegen. In der Erklärung von Porto wurden die neuen Kernziele der EU in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung begrüßt, ebenso das überarbeitete sozialpolitische Score Board. Fortschritte bei der Umsetzung der Grundsätze der ESSR sind Teil des Prozesses der Koordinierung von Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Semesters unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten.

Es geht darum, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen im Rahmen einer integrativen Erholung. Dafür soll die legislative und nichtlegislative Arbeit auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten vorangetrieben werden.

Konkrete Initiativen

Das Europäische Parlament und die EU-Kommission haben im Bereich Soziales sehr gut kooperiert. Etliche Initiativen wurden auf den Weg gebracht. Darunter ein Fonds für einen gerechten Übergang, ein Richtlinien-Vorschlag zu angemessenen Mindestlöhnen, eine Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter, die Förderung der Jugendbeschäftigung und „SURE“, das Instrument zur Senkung des Risikos des Arbeitsplatzverlustes.

Die EU-Kommission kündigte darüber hinaus weitere Schritte an. Beispielsweise eine Empfehlung für wirksame aktive Beschäftigungspolitik, vorrangig in digitalen und grünen Branchen. Auch eine neue Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen soll es geben. Eine Richtlinie zur Lohntransparenz, um Informationen über Löhne und Gehälter und die Durchsetzung eines gerechten Entgeltes zu erleichtern, ist ebenso geplant wie ein neuer strategischer Rahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Außerdem sind vorgesehen: ein Vorschlag für eine Garantie gegen Kinderarmut, ein Aktionsplan für die Sozialwirtschaft und eine Plattform zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.

Gesicht des sozialen Europa

Die Europäische Säule Sozialer Rechte ist ein wesentliches Element zur Stabilisierung des europäischen Projektes. Sie ist ein Aufbruchsignal, um Menschen aus Arbeitslosigkeit und Armut herauszuführen. Angesichts der Herausforderungen durch Digitalisierung, Globalisierung, veränderte Arbeitswelten und die demographische Entwicklung trägt sie zur nachhaltigen sozialen Sicherung bei. Je konkreter die Maßnahmen sowohl auf der europäischen Ebene als auch auf den nationalen Ebenen sind, desto höher wird die Zustimmung zum sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union sein.

Thomas Mann, Vizepräsident der Europa-Union Deutschland



Europa mitgedacht?!

Der Wahlkampf war so un-europäisch wie lange nicht

An guter Vorbereitung mangelte es nicht. Die AG Bundestagswahl, an der auch JEF-Mitglieder beteiligt waren, hatte ganze Arbeit geleistet, um „in der Fläche“ den Europabezug der Bundestagswahl bewusst zu machen. Kreis- und Landesverbände konnten aus dem Vollen schöpfen: Ideen für innovative Veranstaltungskonzepte und Wahlprüfsteine waren erarbeitet und an die Vorstände in Stadt und Land verteilt worden, die Kampagne #EuropaMitgedacht bekam ein schickes Logo und es gab Musterpressemittelungen sowie graphische Vorlagen für Testimonials und Social-Media-Arbeit.

Das Konzept ging auf: Deutschlandweit wurden in zahlreichen Dialogveranstaltungen lokale Kandidatinnen und Kandidaten europapolitisch zur Rede gestellt. Die EUD-Parlamentariergruppe im Bundestag forderte in einer Erklärung zur Bundestagswahl ein handlungsfähiges Europa – und auch das traditionelle Parlamentarische Europaforum, das die Parlamentariergruppe zusammen mit der JEF organisiert, stand ganz im Zeichen der Vorschläge der Parteien für die Zukunft der EU.

Nur leider hat die breite Wählerschaft von all dem kaum etwas mitbekommen. In der Wahlberichterstattung von Privatsendern und Öffentlich-Rechtlichen spielte Europa-politik kaum eine Rolle. Zehn Tage vor der Wahl forderten Europa-Union, JEF und EBD in einem offenen Brief die Sendeanstalten auf, in den verbleibenden Diskussionsrunden mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten

gezielt europapolitische Fragen aufzugreifen. Die Argumentation: „Bereits im Januar 2021 offenbarte eine repräsentative Studie des Meinungsforschungsinstituts Forsa, die von der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD) in Auftrag gegeben wurde, dass fünf von sechs Deutschen sich europäische Themen im Wahlkampf wünschen. Das zeigt ganz klar: Deutsche Wählerinnen und Wähler wollen über Europa debattieren!“

Auch Vertreterinnen und Vertreter der Europa-Union in den Fernseh- und Rundfunkräten hatten schon frühzeitig ihr Möglichstes getan, um bei ZDF, WDR, HR und SWR die Sensibilität für das Thema zu wecken. „Bereits am 18. Juni wurde das Thema im Chefredaktionsausschuss durch mich adressiert“, berichtet etwa Dr. Claudia Conen, die für die EUD im ZDF-Fernsehrat sitzt. ZDF-Chefredakteur Dr. Peter Frey führte damals aus, dass „Europa ein Querschnittsthema“ in allen Fernsehformaten sei. Conen betonte, die Herausforderungen lägen in der Erklärung komplexer Zusammenhänge und der ressortübergreifenden Arbeit. Es sei zu begrüßen, wenn Europa-Themen Platz in allen Formaten der Chefredaktion fänden, doch das ZDF bleibe noch hinter seinen Möglichkeiten zurück.



Mehr Flagge zeigen bitte! Vor dem Bundestag ist Europa präsent – im Wahlkampf haperte es aber noch mit der europapolitischen Debatte.

Foto: jarma – Fotolia.com

So blieb es: In den ersten beiden Triellen mit Laschet, Baerbock und Scholz kam Europa nicht vor. Die Kandidaten hätten das Thema nicht aufgegriffen, so die Begründung in den ZDF-Gremien. „Dr. Frey bedauerte dies“, erinnert sich Conen. „Ich sagte ihm, dass mich diese Begründung nicht überzeugt. Bei einer Wahlarena in Erfurt konnten europapolitische Zusammenhänge sehr wohl durch die Kandidaten aufgezeigt werden. Dann müssten die Moderatoren eben stärker insistieren.“ Das ZDF habe schließlich zugesagt, in der abschließenden „Elefanten-Runde“ stärker auf EU-Themen zu fokussieren. Dies sei dann auch erfolgt, allerdings erst kurz vor dem Wahlabend.

Was tun? Dranbleiben! Am Tag nach der Wahl meldete sich EUD-Präsident Rainer Wieland zu Wort. Er forderte von allen gewählten Abgeordneten, mehr Verantwortung für die künftige deutsche Europapolitik zu übernehmen: „Berlin muss mehr Verantwortung für Europa zeigen! Europapolitik ist Innenpolitik!“ ■

Neuer Bundestag: Europa-Union stark vertreten

Nach der Bundestagswahl – ein aktueller Überblick in Zahlen:

☞ 166 Abgeordnete sind EUD-Mitglieder.

☞ 126 sind wiedergewählt, 40 sind neu in den Bundestag eingezogen.

☞ Fraktionszugehörigkeit: 72 CDU/CSU, 42 SPD, 27 FDP, 25 Bündnis90/Die Grünen

Gemessen an ihrer Mitgliederzahl im neuen Bundestag wäre die EUD die drittstärkste Fraktion. Eine gute Voraussetzung für unsere parlamentarische Arbeit: Auch in dieser Legislaturperiode wollen wir wieder eine interfraktionelle EUD-Parlamentariergruppe bilden, in der die proeuropäischen Fraktionen in zentralen europapolitischen Fragen in bewährter Weise informell zusammenarbeiten können, um sich für ein handlungsfähiges Europa einzusetzen. ■

Hessen

Zukunftskonferenz im Fokus

Mit den Wortführern der jeweiligen Fraktionen konnte der Landesverband Hessen ein hochkarätig besetztes Podium anbieten, das sich über die Zukunftskonferenz der Europäischen Union austauschte und die entsprechenden Erwartungen herausstellte. Unter der Moderation des Landesvorsitzenden Thomas Mann diskutierten Nicola Beer (FDP), Gabriele Bischoff (SPD), Daniel Freund (Bündnis 90/Die Grünen) und Prof. Sven Simon (CDU). Der spannende Meinungsaustausch wurde aufgezeichnet und kann angesehen werden unter: <https://vimeo.com/572959173/a660771ce3>

Im Herbst geht die Zukunftskonferenz im Landesverband und in den Kreisverbänden weiter, die Thomas Mann als Vizepräsident der EUD auch deutschlandweit engagiert mit voranbringt. Nähere Informationen und Termine unter www.eu-hessen.de

JEF Hessen

Neuer Landesvorstand: Die JEF Hessen hat einen neuen Vorstand gewählt und stellt einzelne Mitglieder mit kurzen Statements vor:

Landesvorsitzender Stefan Schwarz: „Die großen Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam bewältigen. Daher müssen wir jetzt mehr denn je für die europäischen Ideale der JEF eintreten.“

Schatzmeister Robert Schuppan: „Um die kommenden globalen Herausforderungen meistern zu können, muss Europa zu einer föderalen Europäischen Republik wachsen.“

Landesgeschäftsführer Daniel Gerjets: „Für unsere eigene Zukunft brauchen wir ein gemeinsames Europa. Und damit Europa eine Zukunft hat, braucht es uns alle. Also: Packen wir es gemeinsam an!“

Franziska Schneider, Mitglied im Vorstand: „Ein föderalistisches Europa soll vor allem auch eines bedeuten: Solidarität. Dafür müssen wir uns als JEF mehr denn je stark machen.“

Johannes Armbruster, Mitglied im Vorstand: „Rechtsstaatlichkeit in Europa ist nicht verhandelbar, sondern ein Wert, auf den sich die Union gründet.“

Frankfurt

Expertise am Round Table: „Geteilte Werte? Globale Trends und die Kooperation zwischen Indien und der europäischen Union“ hieß das Thema des Online-Gesprächs am 8. Juli. Gemeinsam mit drei indischen Experten, unter anderem von der Nehru Universität in Neu Dehli und dem GMF, sowie mit Michael Gahler MdEP diskutierten die Mitglieder des Kreisverbands die aktuellen geopolitischen Veränderungen. Das Rechtsstaatsprinzip steht in der indischen Verfassung an erster Stelle, das Land ist darüber hinaus die größte Demokratie der Welt. In der Folgewoche ging es um Bulgarien: „Nach den Wahlen – ein neuer Anfang für Bulgarien?“ Das Roundtable-Gespräch bestritten in Zusammenarbeit mit der Friedrich Naumann Stiftung Experten mit unterschiedlichen Hintergründen, sämtlich aus Bulgarien. Sie sprachen über die politische Situation im Land und die Bedeutung des Wahlergebnisses.

Lahn-Dill

Landesehrenbrief für langjähriges Engagement: Für ihren Einsatz für Europa zeichnete Oberbürgermeister Manfred Wagner in Wetzlar gleich zwei Persönlichkeiten aus. Rita Schneider-Cartocci ist seit 2002 die Vorsitzende der Deutsch-Italienischen Gesellschaft Mittelhessen und hat sich unter anderem sehr stark für die Pflege und Entwicklung der Beziehungen zwischen den italienischen Partnerstädten mittelhessischer Kommunen engagiert, insbesondere Wetzlar mit Siena und Gießen mit Ferrara.



Wetzlars Oberbürgermeister Manfred Wagner (M.) übergab die Ehrenbriefe an Rita Schneider-Cartocci und Sven Ringsdorf.
Foto: EUD Hessen



Im Juli ging es in Frankfurt um die europäisch-indischen Beziehungen.

Grafik: EUD Frankfurt

Sven Ringsdorf startete sein Europa-Engagement 2006 in der Deutsch-Italienischen Gesellschaft. Seit 2009 ist er Mitglied der Europa-Union, deren Kreisverband Lahn-Dill er seit 2013 vorsteht, seit 2018 zusätzlich stellvertretender Landesvorsitzender.

Oberbürgermeister Wagner dankte beiden und zeigte auf, dass europapolitisches Engagement in unserer Gesellschaft gerade vor dem Erstarken extremistischer Kräfte besonders wichtig sei.

Verantwortlich:
Sven Ringsdorf

Berlin

Doppelspitze

Veränderungen standen an bei der digitalen Mitgliederversammlung am 4. September: Nach dreijähriger Amtszeit (pandemiebedingt verlängert) wurde der bisherige Landesvorstand entlastet und ein neuer gewählt. Es gibt nun erstmals eine Doppelspitze: Katharina Borngässer und Manuel Knapp werden die Europa-Union Berlin (EUB) gemeinsam leiten. Das Team 2021-2023 wird durch die stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Hannah Neumann MdEP und Stefan Evers MdA ergänzt. Schatzmeisterin ist Dr. Nele Dittmar. Beisitzerinnen und Beisitzer sind Laura Gies, Alessandro Hammerstaedt, Lisa Kühn, Magnus Nufer, Anne Rower, Constantin Saß, Dr. Hans Jörg Schrötter, Florian Staudt und Jonathan Weide.

Gleichzeitig würdigte der Verband seine scheidende langjährige Vorsitzende Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann für ihren besonderen Einsatz für die Europa-Union und die europäische Einigung. Seit 2009 stand sie an der Spitze des Landesverbands, ihr jahrzehntelanges Engagement hat Kaufmann auch als MdEP stetig verfolgt und für die europäische Idee gestritten. Als Berichterstatterin für die Europäische Bürgerinitiative organisierte sie parteiübergreifend Unterstützung für dieses Element direkter Demokratie. Zuletzt gestaltete sie die Berliner Initiative zur Zukunftskonferenz maßgeblich mit. Die Mitgliederversammlung wählte Kaufmann daher einstimmig zur Ehrenvorsitzenden. In digitalen Grußworten fanden viele Wegbegleiterinnen und -begleiter, darunter auch EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP, lobende Worte und wür-



Der neue Landesvorstand für Berlin

Grafik: EUB

digten ausdrücklich ihre Durchsetzungskraft im Einsatz für Europa.

Mehrere Aktive wurden für langjährige Mitgliedschaft geehrt, etwa die bisherige stellv. Vorsitzende Lisa Paus MdB und der langjährige Schatzmeister Markus Pauzenberger. Besonders gewürdigt wurde der inzwischen leider verstorbene Ehrenvorsitzende Rainer B. Giesel, der als EUB-Urgestein bereits seit 60 Jahren auf allen Ebenen – vom Landesverband bis in die UEF – im Einsatz war. Sein unermüdliches Wirken für die europäische Idee hat die Europa-Union nachhaltig geprägt.

Mit dem digitalen Format der Versammlung betrat die EUB Neuland. Trotz der neuen Rahmenbedingungen konnten alle Wahlen problemlos über die Plattform „NemoVote“ rechts- und satzungskonform durchgeführt werden. Langwierige Stimmauszählung wurde durch ein computerbasiertes Ergebnis in Sekunden ersetzt. Dennoch waren sich alle einig: Direkter Austausch wäre schöner und findet hoffentlich bald wieder statt!

Lisa Kühn

#MehrEuropainBerlin

In Berlin wurde am 26. September neben dem Bundestag auch das Abgeordnetenhaus gewählt. Der Landesverband nahm die politische Richtungsentscheidung zum Anlass, um den Kandidierenden europapolitisch auf den Zahn zu fühlen. Unter dem Motto #MehrEuropainBerlin (Link: <https://www.europa-union-berlin.de/agh2021>) sammelte er Statements der Kandidierenden demokratischer Parteien und versuchte dadurch stärker die europäische Dimension im Wahlkampf zu betonen. Damit knüpfte die EUB an die erfolgreiche Kampagne „Europa in bester Verfassung“ mit der JEF Berlin-Brandenburg an, die zur Verankerung eines Europabezugs in der Berliner Landesverfassung führte. Für diesen besonderen Erfolg sind die EUB und die JEF Berlin-Brandenburg für den Europapreis Blauer Bär des Landes Berlin nominiert worden.

Florian Staudt

Brandenburg

Generationenwechsel

Auf ihrer Jahreshauptversammlung am 18. Juni wählten die Mitglieder des Landesverbands einen neuen Vorstand. Der hat sich viel vorgenommen.

Neue Vorsitzende des Landesverbandes

ist Dr. Mechthild Baumann. Sie wird vertreten von Hartmut Ziehlke, Dirk Thomas Wagner und Haiko Tollmien. Die Geschäftsführung übernahm Ines Friedrich, vorherige stellv. Vorsitzende. Das Amt des Schatzmeisters behält Wolfgang Lambrecht inne. Als Beisitzerinnen und Beisitzer wurden gewählt: Renate Becker, Hans-Peter Hubert, Szilvia Kalmár, Hans-Peter Pohl, Julia Sahi, Vinzenz Schaak und Enrico Triebel.

Der neue Vorstand bedankt sich sehr

herzlich für das in ihn gesetzte Vertrauen. Ein großer Dank gilt auch ganz besonders dem bisherigen Landesvorsitzenden Wolfgang Balint für sein engagiertes Wirken. Für den Landesvorsitz kandidierte er nach langjähriger Tätigkeit nicht mehr, setzt sich aber glücklicherweise als Vorsitzender des Kreisverbands Potsdam/Potsdam-Mittelmark weiter für die Europa-Union ein.

Verantwortlich: Ines Friedrich

Brüssel

Runde zur Bundestagswahl

Was kann Europa von der Bundestagswahl erwarten? Darüber diskutierten am 30. Juni in der Landesvertretung Hessen sechs deutsche MdEPs aus den im Bundestag vertretenen Fraktionen. Auf Einladung der Europa-Union Brüssel sprachen über ihre europapolitischen Vorstellungen für die nächste Bundesregierung: Dr. Markus Pieper (CDU), Jens Geier (SPD), Prof. Dr. Jörg Meuthen (AfD), Nicola Beer (FDP), Dr. Martin Schirdewan (DIE LINKE) und Sven Giegold (Grüne).

Das Brüsseler Vorstandsmitglied Ottmar Berbalk moderierte die lebhafteste zweistündige Diskussion gekonnt entlang der aktuell relevantesten EU-Themen wie Wirtschaft und Soziales, Außenpolitik, Raum der Si-

cherheit, der Freiheit und des Rechts sowie der ganz großen Perspektive zur Zukunft der EU. Bereichert wurde die Runde durch Fragen der über dreihundert Zuschauer.

Eingangs stellten die Abgeordneten ihre zentralen europapolitischen Thesen vor. Nicola Beer forderte, Deutschland solle einen neuen Aufbruch in Europa mitgestalten, um einem Auseinanderdriften der EU entgegenzuwirken. Mit Blick auf die EU-Zukunftskonferenz sprach sie sich für institutionelle Reformen unter stärkerer Bürgerbeteiligung aus. Markus Pieper forderte eine europäische „Verteidigungsgemeinschaft ohne Wenn und Aber“. „Mehr Europa“ sei nötig und auch im deutschen Interesse. Jens Geier lobte das Investitionspaket Next Generation EU als zentrales Instrument, um Europa aus der Corona-Krise zu führen. Europapolitische Schwerpunkte sah er bei den Themen Steuergerechtigkeit, Klimaneutralität und neue Herausforderungen in der Außenpolitik. Sven Giegold betonte: „Eine Bundestagswahl ist immer auch eine Wahl

für Europa“. Zentral sei es nun, den nachhaltigen Wohlstand zu stärken. Dabei gelte: „Europa braucht Strukturen die handlungsfähig sind.“ Jörg Meuthen sprach sich gegen weitere Kompetenzverlagerungen auf die EU-Ebene aus und forderte eine Fokussierung auf Binnenmarkt, Umwelt- und Naturschutz sowie die Außengrenzen. Martin Schirdewan sieht die Schwerpunkte in der Krisenbewältigung, der Armutsbekämpfung, dem digitalen Wandel, Klimaschutz sowie der Verteidigung der Demokratie.

In der Schlussrunde skizzierten die Panelisten, was sie von der nächsten Regierung für die EU erwarten. Dabei zeigten sich teils große parteipolitische Unterschiede – von der Forderung nach einer „Europäischen Republik“ bis hin zu einer EU-Verschlingung. In seinem Schlusswort appellierte der Vorsitzende Prof. Dr. Frank Hoffmeister an alle Europa-Interessierten, sich an der Mitgestaltung Europas zu beteiligen.

Klemens Kober

Trauer um Rainer B. Giesel

Die Europa-Union und die Europäischen Föderalisten trauern um einen glühenden Europäer: Rainer B. Giesel ist am 24. September im Alter von 79 Jahren verstorben.

Bereits 1959 schloss er sich mit einem Kreis gleichgesinnter junger Menschen den Jungen Europäischen Föderalisten an. Er wurde Vorstandsmitglied im Landesverband Berlin, war Landesvorsitzender des Europäisch-Föderalistischen Studentenverbandes Berlin und übernahm danach Vorstandsfunktionen der Europa-Union Berlin. Seit 1987 war er deren Ehrenvorsitzender.

Er gehörte zu den Mitinitiatoren einer 1986 gegründeten Bürgerinitiative zur Schaffung von Europaschulen in Berlin, die 1992 zu einem Schulversuch („Staatliche Europaschule Berlin“ – SESB) mit Partnersprachen in Englisch, Französisch und Russisch führte. Rainer B. Giesel hat die weitere Entwicklung



Foto: privat

der SESB über die Jahre hinweg sehr aktiv begleitet und sich dafür eingesetzt, dass dieses besondere Schulmodell in Berlin stetig ausgebaut und ein fester Bestandteil der Schullandschaft wird. Heute gibt es in der Stadt 34 Schulstandorte in neun Sprachkombinationen – darauf war er zu Recht sehr stolz.

Giesel zeichnete sich durch sein jahrzehntelanges Engagement für die Europäische Einigung sowie seinen ehrenamtlichen Einsatz aus, wofür ihn die Europa-Union mit der Europa-Union-Medaille in Gold ehrte.

Er arbeitete intensiv in den Gremien der Europa-Union Deutschland mit, so als langjähriger stellv. Vorsitzender des Bundesausschusses, und war unter anderem Sprecher der deutschen Delegierten in der UEF.

2012 verlieh ihm der Bundespräsident das Bundesverdienstkreuz am Bande. 2015 war er für den „Blauen Bären“, den Europapreis des Landes Berlin, nominiert. Der 1942 geborene Diplom-Volkswirt war mehr als fünf Jahrzehnte als Dozent in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig. Von 1975 bis 1995 war er Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, einige Jahre auch europapolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Über seine Motivation sagte Giesel: „Nach dem Verlust des Vaters und meiner Kindheit im zerstörten Berlin wurde für mich ‚Nie wieder Krieg‘ zur wichtigsten politischen Leitlinie. In den 50er Jahren entdeckte ich bald die Frieden stiftende Kraft der Europäischen Integration. Besonders faszinierte mich dabei die Annäherung Frankreichs und Deutschlands.“

Er wird uns fehlen. ■

Baden-Württemberg

Landesausschuss

„Was bringt die Konferenz?“ Unter diesem Titel hat der virtuelle Landesausschuss über die Konferenz zur Zukunft Europas diskutiert. Gabriele Bischoff MdEP, Delegierte im Plenum der Zukunftskonferenz, und Gunther Krichbaum MdB, Delegierter und Beobachter in deren Exekutivsausschuss, teilten erste Erfahrungen und Ausblicke. Über das intensive Gespräch hinaus wurde ein Antrag zur Konferenz beraten, der fordert, angesichts der zahlreichen Herausforderungen für die EU die Konferenz zu nutzen, um zu konkreten Veränderungen zu kommen. Ein zweiter Antrag betrifft das Verhältnis zwischen Europa und China. Der Landesausschuss fordert eine einheitliche europäische Strategie in den Beziehungen zu China und eine Reform der EU-Außenbeziehungen.

Neu konstituiert

Die EUD-Parlamentariergruppe im Landtag hat sich zu Beginn der neuen Legislaturperiode mit 43 Mitgliedern neu konstituiert. An der virtuellen Sitzung nahmen Abgeordnete aller proeuropäischen Fraktionen teil. Sie tauschten sich mit dem Vorsitzenden der EUD-Parlamentariergruppe im EP, Niklas Nienab MdEP, über mögliche Aktivitäten und die Zusammenarbeit aus. Evelyne Gebhardt MdEP, Landesvorsitzende der Europa-Union, stellte mit dem JEF-Landesvorsitzenden Jakob Rauschert und der Präsidentin des Landeskomitees der Europäischen Bewegung, Marion Johannsen, die Arbeit der Europaverbände vor.

Junge Europäer – JEF

Neuer Landesvorstand: Auf ihrer Landesversammlung im Naturtheater Reutlingen haben die Jungen Europäer – JEF einen neuen Vorstand gewählt. Neue Vorsitzende ist Roberta Walser (Stuttgart), stellv. Vorsitzende sind Manuel Glattbach, Sophia Leienacker und Samet Mutlu. Neuer Schatzmeister ist Jonathan Markurath. Erneut gewählt wurden Geschäftsführer Jan-Philipp Scheu und Pressesprecher Mark Wendt. Beisitzer sind Hannah Dieterle, Melvin Geretzky, Mar-

kus Hehn und Markus Reichel. Der bisherige Vorsitzende Jakob Rauschert hatte nicht wieder kandidiert. EUD-Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt betonte die Bedeutung der Arbeit der JEF für die Europa-Union und hob die gute Zusammenarbeit beider Verbände im Land hervor. EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP unterstrich das große Potenzial der JEF als überparteilichem Verband und lobte die vielfältigen Aktivitäten, um möglichst viele Jugendliche zu erreichen. Der frühere JEF-Landesvorsitzende Florian Ziegenbalg wurde im Rahmen des Treffens zum Ehrenvorsitzenden ernannt.



Neu gewählt: der JEF-Landesvorstand

Foto: JEF Baden-Württemberg

Stuttgart

Diskussionsrunden zur Bundestagswahl: In zwei Online-Veranstaltungen bot der Kreisverband mit der JEF Gelegenheit, mit örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag ins Gespräch zu kommen. In der ersten Runde stellten sich Dejan Perc (SPD) und Judith Skuldeny (FDP) den Fragen, später diskutierten Anna Christmann (Grüne) und Stefan Kaufmann (CDU).

Slowenische Ratspräsidentschaft: In einem Online-Gespräch stellte Dr. Matthias Karl, Honorarkonsul Sloweniens in Stuttgart, die vier Schwerpunkte und weitere thematische Ziele der slowenischen Ratspräsidentschaft vor.

Lörrach

Neue Projekte geplant: Bei seiner Mitgliederversammlung im Lörracher Dreilän-

dermuseum bestätigte der Kreisverband seinen Vorsitzenden Andreas Schneucker und dessen Vorstandsteam. Der KV plant für 2022 wieder interessante Vorträge und Fahrten, im Fokus steht das deutsch-französisch-schweizerische Dreiländereck.

Karlsruhe

Ehrungen: Der Verband kam zu einer gut besuchten turnusmäßigen Kreisversammlung zusammen, um die Vorstandswahlen durchzuführen und über die künftigen Aktivitäten zu sprechen. Vorsitzender

Massimo Ferrini und sein Vorstandsteam wurden in ihren Ämtern bestätigt. Geehrt wurden auch mehrere Aktive für langjährige Mitgliedschaften, darunter Peter Barth und Wolfgang Trautner für jeweils 50 Jahre und die Stadt Bretten für 60 Jahre. Der stellv. Landesvorsitzende Florian Ziegenbalg dankte allen für ihr Engagement auch in der schwierigen Corona-Zeit.

Mannheim

Urban Lab zur Zukunftskonferenz: Neue Wege beschritten der Fachbereich Internationales, Europa und Protokoll der Stadt Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar, die EUD Mannheim und JEF Mannheim und Heidelberg mit einem „Urban Lab zur Konferenz zur Zukunft Europas“. In einem virtuellen Workshop, bei dem wie in einem „urbanen Laboratorium (urban lab)“ in kleinen Arbeitsgruppen Ideen gefunden wurden, diskutierte man Lösungsmöglichkeiten zu verschiedenen europäischen Themen wie Klimawandel und Umwelt, Gesundheit, Demokratie, Migration und die Außenbeziehungen der EU. Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt und der stellv. Leiter der Kommissionsvertretung in München, Renke Deckarm, standen als Diskussionspartner zur Verfügung. Die Ergebnisse wurden in die digitale Plattform der Zukunftskonferenz eingebracht.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Niedersachsen

Im Dienst der Bürger

„Ein handlungsfähiges Europa im Dienst der Bürgerinnen und Bürger!“ Der Leitgedanke der gemeinsamen Erklärung unserer Parlamentariergruppe zur Bundestagswahl war auch das Motto der Landesversammlung am 2. Oktober in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt.

Uns als Europäischen Föderalisten ist bewusst, dass sich Deutschlands Zukunftsfähigkeit in Europa entscheidet. Dazu brauchen wir eine Bundesregierung als Taktgeber, die über den Rat Zukunftsthemen setzt und dafür sorgt, dass Europas Bürgerinnen und Bürger international auf Augenhöhe vertreten sind. Die Parlamentariergruppe fordert, dass die Europäische Union näher an ihre Bürgerinnen und Bürger rücken muss. Sie spricht sich in Übereinstimmung mit der Beschlusslage unseres Verbandes für eine Verstärkung der Debatten in der am diesjährigen Europatag endlich offiziell gestarteten Konferenz zur Zukunft Europas im Rahmen eines verbindlichen Reformprozesses aus. Das gelte unbeschadet der Frage, ob eine Reform der Europäischen Union auf der Grundlage der bestehenden Verträge erfolgen kann oder ob ein späterer neuer Konvent eine Vertragsreform vorbereiten muss. Hier besteht ein breiter Konsens, Handlungsbedarf vordringlich in der Außen- und Sicherheitspolitik zu erkennen.



Der Landesvorstand um Harm Adam (4. v. r.) in Helmstedt

Fotos: EUD Niedersachsen

Landesvorstand, Delegierte und Gäste erlebten anregende Vorträge, lebhaft Debatten und Gespräche sowie gute Weichenstellungen zur Stärkung der Europabewegung in Niedersachsen. „Ein handlungsfähiges Europa im Dienst der Bürgerinnen und Bürger!“ ist in vielfacher Hinsicht unser Anspruch und Auftrag. Über die genauen Ergebnisse der Landesversammlung werden wir in der nächsten Ausgabe von „Europa aktiv“ berichten.

Bad Pyrmont

Mitgliederversammlung gut besucht: Die Mitgliederversammlung des Kreisverbands fand am 5. August im Hotel Steigenberger statt, von den 115 Mitgliedern waren gut 40 Prozent anwesend. Das ist in Coronazeiten eine erfreulich gute Quote. Alle vier Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters – übrigens allesamt auch EUD-Mitglieder – waren bei der Versammlung anwesend. Die Neuwahlen des Vorstands brachten überwiegend die Bestätigung der bisherigen Funktions-träger. Vorsitzender wurde erneut Michael Nusch, 2. Vorsitzende wurden Antoine Brosier und Horst Adam. Schatzmeister Peter Schoelzke übergibt sein Amt bis Jahresende an Oliver Föhrdes. Angelika Nusch übernahm das Amt der Schriftführerin.

Diepholz

Europastatue feierlich übergeben: Bei bestem Wetter konnte die öffentliche Übergabe der Europastatue am 18. Juli in Syke und dort im EuropaGarten gefeiert werden. Im Beisein überraschend vieler interessierter Bürgerinnen und Bürger sprach der Direktor des

Gerhard-Marcks-Hauses, Ari Hartog, zur gelungenen Arbeit des Bremer Bildhauers Mirsad Herenda und stellte ihm ein prima Zeugnis aus. Eingeleitet wurde der Festakt durch die Europahymne, vorgetragen von der Bläserklasse des 6. Jahrgangs des örtlichen Gymnasiums. Mit weiteren Beiträgen der Bläserklasse und Musik mit den „Arrest Amtsbrüdern“ wurde bei Kaffee, Kuchen und Kaltgetränken das Europafest zu einem vollen Erfolg für Jung und Alt.

Göttingen/Hameln

Europa-AG stellte Arbeiten vor: Kurz vor den Sommerferien hatte der Kreisverband Göttingen mit Ariana Mirzadeh und Marit Heinze zwei mehrfache Gewinnerinnen von Bundes- und Landespreisen beim Europäischen Wettbewerb vom Hamelner Albert-Einstein-Gymnasium zu Gast. Sie präsentierten ihre Arbeiten zur Klimakrise und zur Beschreibung des Europäischen Hauses. In einer gemeinsamen Videokonferenz wurde besprochen, wie eine größere Resonanz auf den Europäischen Wettbewerb erreicht werden kann. Cord Wilhelm Kiel, Lehrer am Hamelner AEG und stellvertretender Landesvorsitzender, hat eindrucksvoll beschrieben, wie es zur Gründung einer AG Europa am AEG kam und die Schülerinnen und Schüler jährlich auf große Fahrt zu interessanten europäischen Städten gehen. Ein Vorbild auch für Göttingen und andere Kreisverbände!

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel



Besuch in Marienborn: Kurz vor dem Tag der Deutschen Einheit tagte die Landesversammlung. Was lag da näher als ein Ausflug zum ehemaligen innerdeutschen Grenzübergang?

Rheinland-Pfalz

Sturm auf die Grenze

Es war ein Tag im Sommer, der 6. August 1950. Wahrscheinlich hat damals niemand der fast 300 Studenten und Studentinnen wirklich begriffen, welche Tragweite ihre Aktion erlangen würde. Aus neun Ländern kamen die jungen Leute zusammen, an die deutsch-französische Grenze bei Bobenthal in der Südwestpfalz, um friedlich, aber konsequent und fest entschlossen die Grenze zu stürmen. Sie alle waren überzeugt von der europäischen Idee.

Für ein vereintes Europa wollten sie mit dem Sturm auf die Grenze werben. Ein Europa ohne Grenzen und Grenzzäune. Um das zu demonstrieren, demontierten die jungen Leute die Grenzanlagen, bogen den deutschen Schlagbaum um und verbrannten ihn schließlich. Sie stellten zehn Forderungen auf, die sie bei dieser Aktion feierlich in drei Sprachen verlasen. Es waren ihre Vorstellungen von einem föderalen, gemeinsamen Europa, die sich schon bald verwirklichen sollten. Die Aktion wurde unter großer Geheimhaltung geplant. Über die Geschehnisse an diesem historischen Tag berichteten damals Medien auf der ganzen Welt.

Damals wie heute

Zwei verheerende und schreckliche Weltkriege, die auf europäischem Boden ausgetragen wurden, waren gerade überstanden. Die Menschen waren traumatisiert und erschöpft. Die jungen Studierenden aus den neun europäischen Ländern kamen buchstäblich an die Grenzen. Diesmal nicht, um sich zu bekämpfen oder zu töten, sondern um in Respekt und gegenseitiger Anerkennung die Beseitigung eben dieser Grenzen zu verlangen. Das ständige Blicken in vermeintlich bessere Zeiten und das Verhaftetsein im ewig Gestrigen führt nicht zu einer gemeinsamen integrierten europäischen Identität in der Vielfalt der lokalen, regionalen und nationalen Eigenheiten. Dies gilt heute immer noch und vielleicht mehr denn je, haben die Menschen doch die Schrecken der Kriege nicht mehr vor Augen.

Die Integrität der Europäischen Union wird derzeit erneut von autokratischen Regie-



Bei der Aktion verlasen die Jugendlichen dieses Memorandum für ein geeintes Europa.

Quelle: Aktionsgemeinschaft Bobenthal-St. Germanshof e. V.

rungen von außen, aber auch von demokrati- und rechtsstaatsfeindlichen Strömungen von innen bedroht. Viele Parteien haben im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 deshalb das Thema Europa „wieder“ entdeckt: Die Mehrheit der demokratischen Parteien sehen in ihren Wahlprogrammen ein „Mehr Europa“ als Lösung und Reaktion auf die Bedrohungen des europäischen Projektes. Konkrete Ideen unterscheiden sich aber durchaus deutlich. Bei der Konferenz zur Zukunft Europas, veranstaltet von der Europäischen Kommission, soll sich in einer europaweit einzigartigen

transparenten Bürgerdebatte die europäische Idee weiterentwickeln, damit wir gemeinsam Lösungen finden und Konzepte erarbeiten, wie ein freiheitliches, friedliches Europa erhalten und ein föderales entwickelt werden kann.

Erinnerung bewahren

Bereits seit 2003 gibt es die Aktionsgemeinschaft Bobenthal – St. Germanshof, die sich unter anderem für die Dokumentation der damaligen Ereignisse und für den Dialog junger Europäerinnen und Europäer einsetzt. Ein Denkmal erinnert am damaligen Grenzübergang an das historische Ereignis. Eigentlich wollten die Europa-Union und die JEF Rheinland-Pfalz zusammen mit der Aktionsgemeinschaft bereits im vergangenen Jahr, zum 70. Jahrestag, mit einem Jubiläum an den Grenzsturm erinnern. Aufgrund der Corona-Pandemie musste das ausfallen. In diesem Jahr haben wir es nachgeholt. Am 6. August kamen wir vor Ort zusammen und spielten mit unseren JEF-ern und Jugendlichen der Evangelischen Jugend der Pfalz, die sich ebenfalls für ein freiheitliches Europa einsetzen, den Sturm nach und zersägten symbolisch eine nachgebaute Zollschranke. Im Anschluss verlasen die Jugendlichen der Evangelischen Jugend ein Memorandum, in dem sie ihre Wünsche und Forderungen an das Europa der Zukunft formulieren.



71 Jahre danach: Der Schlagbaum wird symbolisch erneut zersägt. Foto: EUD Rheinland-Pfalz

Verantwortlich: Esther Pasternak

Mecklenburg-Vorpommern

Landesseminar

Endlich wieder „live“: Am 4. und 5. September veranstaltete der Landesverband in der Europäischen Akademie Waren sein 29. Landesseminar – diesmal als Präsenzveranstaltung. „Die Zukunftskonferenz der Europäischen Union – Wie stelle ich mir Europas Zukunft vor?“ So hieß die Fragestellung und alle Vorträge und Diskussionen waren der Zukunftskonferenz und ihren einzelnen Stufen gewidmet. Nach der Eröffnung durch den Landesvorsitzenden Jürgen Lippold und Grußworten des Gastgebers in der Europäischen Akademie, Andreas Handy, sowie der Vizepräsidentin der EUD, Gaby Bischoff MdEP, schlossen sich unter der Moderation von Landesgeschäftsführer Ralf-Peter Hässelbarth die Hauptreferate im Wechsel von Präsenz- und Online-Vortrag an.

So trug Niklas Nienäb, MdEP, Vorsitzender der EUD-Parlamentariergruppe und stellv. Landesvorsitzender, Gedanken zu „Stand und Ausblick der Zukunftskonferenz der EU aus

der Sicht des EP“ vor. EUD-Generalsekretär Christian Moos sprach über die Rolle der EUD als Dialogpartner und Wegbereiter der europapolitischen Kommunikation in den Regionen. Im Vortrag von Mandy Kröpelin, Leiterin des Europa-Informationszentrums in Rostock, wurde eine konkrete Anleitung zur Nutzung der europäischen Plattform der Zukunftskonferenz gegeben. Im Anschluss gab es intensive Gespräche mit zahlreichen Europaabgeordneten wie Gaby Bischoff, Damian von Boeselager, Svenja Hahn und Helmut Scholz sowie mit Akteuren, die auf Bundes- bzw. Landesebene Europapolitik betreiben.

Zum ausführlichen Bericht: <https://www.europa-union-mv.de/meldungen/aktuelles/unser-landesseminar-der-2021>

Neuer Vorsitzender

Der Landesverband hat einen neuen Vorsitzenden: Prof. Dr. Robert Northoff

folgt Jürgen Lippold. Bei der Mitgliederversammlung am 4. September hatte Lippold nach fast 20 Jahren im Amt aus Altersgründen nicht mehr kandidiert. Mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen zum Bundestag und zum Landtag in Schwerin mahnte Northoff: „Die Europa-Union setzt sich für das in Frieden und Freiheit vereinte Europa ein, das unser Grundgesetz in seiner Präambel zum Staatsziel erklärt. Wir erwarten von der nächsten Bundesregierung, dass sie dieses Ziel mit neuem Elan verfolgt. Die Bundesregierung braucht eine bessere Europakommunikation und ein Gesicht für Europa, eine Ministerin oder einen Minister mit einem soliden administrativen Unterbau und klaren Zuständigkeiten.“ Auch die neue Landesregierung sieht er in der Pflicht: „Im Landtag sollte öfter und ausführlicher als bisher über zentrale europapolitische Fragen debattiert werden. Europapolitik darf im Parlament nicht auf Fachausschüsse beschränkt bleiben.“

Verantwortlich: Ralf-Peter Hässelbarth

Saar

Richtungsentscheidung

Parteiencheck vor der Bundestagswahl: Am 2. September diskutierten in der Arbeitskammer des Saarlandes lokale Bundestagskandidaten ihre europapolitischen Positionen. Wählerinnen und Wähler konnten sich per Online-Live-Übertragung ein Bild für ihre Wahlentscheidung machen.

Eingeladen hatte zu diesem großen Europa-Parteiencheck der EUD-Landesverband in Kooperation mit der Arbeitskammer und weiteren saarländischen Europa-Organisationen. In ihren einführenden Grußworten erklärten Thomas Otto, Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer des Saarlandes, und Landesvorsitzende Margriet Zieder-Rippinger, warum der Titel der Veranstaltung „Bundestagswahl ist auch Europawahl“ hieß: Beide betonten die engen Verbindungen und Abhängigkeiten Deutschlands mit der Europäischen Union und des Saarlandes als Grenzregion im Besonderen. „Die Bun-

destagswahl ist keine rein innenpolitische Angelegenheit, sondern eine Richtungsentscheidung für Deutschland und Europa“, erklärte Zieder-Rippinger. Dass das auch in der Breite der Bevölkerung so gesehen wird, verdeutlichte sie mit dem Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die im Auftrag der Europäischen Bewegung Deutschland durchgeführt wurde, wonach 84 Prozent der Befragten angaben, dass ihnen Europapolitik bei der Bundestagswahl 2021 wichtig oder sehr wichtig sei.

Die anwesenden saarländischen Bundestagskandidatinnen und -kandidaten stellten sich den Fragen von Dörte Grabbert, Pressesprecherin der Arbeitskammer des Saarlandes. Vertreten waren Angelika Hieberich-Peter (FDP), Philip Hoffmann (CDU), Thomas Lutze (DIE LINKE), Christian Petry (SPD), Prof. Dr. Gerhard Wenz (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Christian Wirth (AfD).

Themen waren unter anderem die aktuelle Lage in Afghanistan, Digitalisierung, Klimaschutzpolitik, Migration und Lehren aus der Corona-Pandemie. Diese wurden teilweise kon-

trovers diskutiert, was die unterschiedlichen Positionen der Parteien deutlich werden ließ.

Zuletzt ging es um die Einführung transnationaler Listen bei der Europawahl. Nach Vorstellung des Landesverbands sollen Grenzregionen wie die Großregion einschließlich ihrer politischen Vertreter voranschreiten, um transnationale Listen auf den Weg zu bringen. Bis auf den AfD-Kandidaten stimmten alle auf dem Podium dieser Forderung zu. Für die Europa-Union Saar war das ein erfreuliches Stimmungsbild, denn bereits bei der Wahlrechtsreform 2018 wurden transnationale Listen gefordert. Eine Mehrheit dafür im Europäischen Parlament scheiterte jedoch an einer mangelnden Unterstützung der Konservativen von der Europäischen Volkspartei (EVP), der die CDU und die CSU angehören.

Eine Aufzeichnung der Podiumsdiskussion kann auf der Facebook-Seite der Arbeitskammer des Saarlandes angesehen werden: <https://fb.watch/7NQS3wh1xq/>

Verantwortlich: Jonas Heintze

Sachsen-Anhalt

Tag der Demokratie

Der Landesverband war am 15. September in Magdeburg Gast der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Sachsen-Anhalt. Anlass war der Tag der Demokratie, der seit 2007 auf Initiative der Generalversammlung der Vereinten Nationen begangen wird. Die KAS hatte mit verschiedenen Aktionen auf dieses Ereignis aufmerksam gemacht. Eingeladen waren mehrere ehrenamtlich arbeitende Vereine. Ziel war es, die Bedeutung des Ehrenamts für unsere Gesellschaft zu unterstreichen und für die aktive Beteiligung zu werben.

Für die Europa-Union war diese Straßenaktion eine gute Möglichkeit, mit Gesprächen und Infomaterial den europäischen Gedanken noch stärker in der Öffentlichkeit zu verankern. Am Straßenstand gab es dementsprechend viele anregende Gespräche mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu aktuellen Fragen in Europa. Anwesend war zudem der CDU-Landtagsabgeordnete Tobias Krull, der in Gesprächen mit den Teilnehmern die Bedeutung des Ehrenamtes würdigte.



Ehrenamtler am Tag der Demokratie in Magdeburg, darunter Thomas Rieke, Europa-Union Sachsen-Anhalt (2. v. r.), Alexandra Mehnert, KAS Sachsen-Anhalt (2. v. l.), und Tobias Krull MdL (3. v. r.)

Foto: KAS Sachsen-Anhalt

Unterstützung im Koalitionsvertrag

„Sachsen-Anhalt liegt nicht nur in der Mitte Deutschlands, sondern auch Europas und der Europäischen Union. Die Koalitionspartner bekennen sich zu einem föderalen Europa mit einer herausragenden Rolle der unterschiedlichen Regionen in der EU.“ Mit diesem

eindeutigen Bekenntnis zur EU beginnt das Europa-Kapitel des Koalitionsvertrages der neuen Landesregierung von Sachsen-Anhalt. Beteiligt an den Koalitionsverhandlungen war der EUD-Landesvorsitzende Thomas Rieke als Mitglied der Verhandlungsgruppe der SPD.

Europa ist zwar ein Querschnittsthema und kommt in nahezu allen Kapiteln des Koalitionsvertrages von CDU, SPD und FDP vor. Neu ist jedoch dieses sehr konkrete Kapitel, das sich mit den geplanten europapolitischen Aktivitäten der neuen Landesregierung in den kommenden fünf Jahren befasst. Die Bedeutung der Kohäsionspolitik wird ebenso festgehalten wie die Stärkung der europapolitischen Bildungsarbeit. In diesem Zusammenhang wird hervorgehoben, dass die „Tätigkeit von Vereinen, Verbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen“ unterstützt werden soll. Für den Landesverband ist dieser Satz von großer Bedeutung, stellt er doch eine wichtige Basis für die Arbeit des Landesverbandes und die Wertschätzung durch die Landesregierung dar.

Näheres über den Link zum Koalitionsvertrag: <https://www.sachsen-anhalt.de/lj/politik-und-verwaltung/die-landesregierung/>

Verantwortlich: Thomas Rieke

Thüringen

Eine europäische Wahl

Gemäß dem Motto „Die Bundestagswahl ist auch eine Europawahl“ veranstaltete der Landesverband am 8. September in Erfurt eine „Wahlarena“ mit den im Bundestag in Fraktionsstärke vertretenen Parteien. Rund 45 interessierte Gäste folgten unserer Einladung.

Die großen Themen des Abends waren Klimaschutz und Außenpolitik – also zwei Politikfelder, die viele Schnittmengen zwischen Bundes- und Europaebene aufweisen. In der Klimapolitik waren sich fast alle teilnehmenden Parteien einig, dass der menschengemachte Klimawandel bekämpft werden muss. Während einige Parteien dabei allerdings mehr auf staatliche



Wahlarena in Erfurt: Wir bedanken uns bei allen Podiumsgästen und Teilnehmenden für die angeregten Diskussionen!

Foto: EUD Thüringen

Lenkungs politik setzten, stellten andere Technologieoffenheit und Innovation in den Mittelpunkt. Die Verpflichtung, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen, war unter den Parteien mit einer Ausnahme Konsens. In der Außen- und Sicherheitspolitik waren natürlich die Ereignisse in Afghanistan großes Thema. Auch die Frage einer europäischen

Armee kam dabei auf. SPD und FDP bekannten sich zu diesem Ziel, die anderen Parteien lehnten es an diesem Abend ab.

Europa in die Verfassung

Ähnlich wie in vielen anderen Bundesländern gibt es nun auch in Thüringen von Seiten des Landtages eine Initiative, einen Europabezug in die Landesverfassung zu integrieren. Der Verband begrüßt diese Initiative ausdrücklich, setzt er sich doch mit der JEF seit langem für eine stärkere Berücksichtigung der europäischen Arbeit in Thüringen ein. In die Expertenanhörungen zu dem Antrag bringen wir uns daher konstruktiv ein, um dem Vorhaben zu Erfolg zu verhelfen.

Verantwortlich: Mathias Staudenmaier

Schleswig-Holstein

Endlich persönlicher Austausch!

Am 21. August fand die diesjährige Landesversammlung in den Holstenhallen Neumünster statt. Das dortige Hygienekonzept ermöglichte es, dass man sich nach zahlreichen Online-Veranstaltungen endlich wieder persönlich treffen und austauschen konnte. Im Fokus der Versammlung standen in diesem Jahr ein Vortrag des schleswig-holsteinischen Europaministers Claus Christian Claussen sowie die Ehrungen zweier langjähriger Mitglieder durch hochkarätige Laudatoren.

In seinem Vortrag „Europa in Schleswig-Holstein 2021-2027: Neue Impulse, neue Chancen“ betonte Minister Claussen die wichtige Rolle, die die Europa-Union als Partner der Landesregierung für die Information der Bürgerinnen und Bürger über europäische Angelegenheiten spielt. Der Minister berichtete über die verschiedenen Bereiche und Projekte, welche durch EU-Gelder gefördert werden. Besonders hervorgehoben wurden die programmatischen Schwerpunkte des Interreg-Programms sowie der Ostseezusammenarbeit. In diesem Rahmen sei es vor allem wichtig, das Baltikum einzubinden und Kontakte zu russischen Vertretern aus Kaliningrad aufrechtzuerhalten. Der Minister verwies auch auf eine Veranstaltung im Februar 2022 in Lübeck, bei der ein Themenworkshop zur Ostseekooperation durchgeführt werden soll. Danach folgte eine lebhaft diskussion mit den Delegierten, bei der es vor allem um Finanzierungsfragen sowie die Einbindung der baltischen Staaten in der Ostseezusammenarbeit ging.

Manfred Breiter und Herlich Marie Todsens-Reese wurden für ihr langjähriges Engagement im Kreisverband Ostholstein geehrt. Manfred Breiter erhielt nach einer Laudatio durch Mirko Schönfeldt die silberne Ehrennadel. Für Herlich Marie Todsens-Reese hielten ihre langjährige Kollegin im Landtag, Regina Poersch MdL, sowie Schleswig-Holsteins Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack eine Laudatio. Sie



Manfred Breiter (3. v.l.) und Herlich Marie Todsens-Reese (M.) wurden für ihr langjähriges Europa-Engagement geehrt.

wurde für ihr 34-jähriges Engagement als Kreisvorsitzende mit der goldenen Ehrennadel ausgezeichnet.

Auf der Delegiertenversammlung am Nachmittag wurde über die Aktivitäten des Landesverbands im letzten Geschäftsjahr berichtet, über Anträge debattiert und abgestimmt, und es wurden Delegierte für verschiedene Gremien gewählt. Besonderes Highlight der Delegiertenversammlung war die Verabschiedung einer neuen Satzung, worauf lange Zeit hingearbeitet worden war.

Xenia Seekircher

Flensburg

Staffelübergabe: Nach acht Jahren im Vorsitz gab Roland Hartmann die Führung des Kreisverbands in der Grenzlandregion an Felix Ferber ab. Auf der Vollversammlung in der Bildungsstätte Sankelmark komplettierten das neue Vorstandsteam Hans-Jürgen Vosgerau, Bernd Strümpel (Kasse) und der ehemalige Vorsitzende Roland Hartmann, um eine gelungene Transformation zu garantieren. Der neue Vorstand in Flensburg hat sich ein Versprechen gegeben: Für Europa begeistern! Es geht bei diesem Ver-

sprechen für uns in Flensburg um mehr als eine offene Grenze oder Grenzhandel, es geht um das friedliche und konstruktive Zusammenleben zweier Staaten in derselben Werteunion, eng verflochten in ihrer einzigartigen Gemeinschaft. „Wir teilen gesellschaftliches Interesse, Freunde, Familien und möchten uns in dem geschützten

Raum Europas bewegen und weiterentwickeln. Europa ist nicht Stehenbleiben. Europa ist auch nicht Liegenbleiben. Europa heißt die Hand ausstrecken, um zu helfen. Europa bedeutet auch, Ängste zu überwinden und Hilfe anzunehmen“, so der neue Vorsitzende Felix Ferber.

Als neues und motiviertes Team möchte der Flensburger Vorstand wieder ran an die Hörsäle, rein in die Schulen, um für Europa zu begeistern und von klein auf den europäischen Gedanken verständlich zu machen. Gemeinsam will man das Thema Europa in Flensburg wieder auf die Agenda setzen und mit verschiedenen Aktionen online wie offline auf die Europa-Union aufmerksam machen.

Felix Ferber



Der neue Kreisvorstand in Flensburg (v.l. n. r.): Roland Hartmann, Susanne Buhl, Hans-Jürgen Vosgerau, Felix Ferber, Bernd Strümpel, Eric Jäger
Fotos: EUD Schleswig-Holstein

Sachsen

Straßenaktion zur Bundestagswahl

„Europa mitgedacht“: Im Vorfeld der Bundestagswahl war der Landesverband an den September-Samstagen in der Leipziger Innenstadt präsent, um mit Passantinnen und Passanten ins Gespräch zu kommen. Schnell wurde deutlich, dass große Einigkeit besteht, dass sich die großen Herausforderungen unserer Zeit nicht im nationalen Alleingang werden lösen lassen. Es gelang, ein kleines Zeichen dahingehend zu setzen, dass es sich lohnt, Europa bei der Wahlentscheidung mitzudenken.



Infostand in der Innenstadt von Leipzig

Die Podiumsgäste Ulrike Guérot (Professorin für Europapolitik) und Nicolo Milanese (Ko-Gründer der „European Alternatives“) waren sich einig, dass der nächste europäische Integrationsschritt nur durch, mit und über die Europäische Bürgerschaft hin zu einer europäischen Sozialunion gelingen kann. Katja Meier erinnerte daran, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger zu allererst mit ihrer Region identifizieren. „Die Europäische Bürgerschaft darf nicht an nationalstaatlichen Grenzen festgemacht werden“, so Meier. Die Perspektive der „Generation Europa“ beleuchtete Klaus Etteldorf, ein Teilnehmer der in der gleichen Woche stattfindenden Tagung des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes in Chemnitz. Geleitet wurde das Podium von Adriana Lettrari, die 2016 für das von ihr

gegründete Netzwerk „Dritte Generation Ost“ mit dem Preis Frauen Europas ausgezeichnet worden war.

Am Infostand von EUD und JEF konnten Schatzmeister Ronny Rammelt und Landesvorsitzende Katharina Wolf hochrangige Gäste begrüßen. Es schaute nicht nur Jörg Wojahn, Leiter der Vertretung der Europä-

ischen Kommission in Berlin, vorbei. Auch Claus Christian Claussen, Europaminister in Schleswig-Holstein, wünschte uns viel Erfolg bei unserer Arbeit. Die institutionelle Förderung von EUD und JEF sei in seinem Land seit Jahrzehnten gelebte Praxis, auf die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit dieser Organisationen sei man sehr stolz. Unsere Verbandsmaterialien fanden reges Interesse bei Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Deutsch-Polnischen Jugendforums, auch wenn wir keine englischsprachigen Materialien dabei hatten. Sie diskutierten mit Emely Marie Schäfer, der JEF-Landesvorsitzenden, und Paula Kirchner (Gruppe Chemnitz) über Europa im Alltag.

Bürger-Engagement für Europa

Zum Auftakt des einjährigen Vorsitzes der Europaministerkonferenz hatte die sächsische Europaministerin Katja Meier am 7. September nach Chemnitz eingeladen. Beim „Markt der Möglichkeiten“ stellten sich die Europa-Union Sachsen und die JEF Sachsen zusammen mit weiteren Organisationen bürger-schaftlichen Engagements den Gästen aus Chemnitz, Sachsen, Deutschland und Europa vor.



EuropaUnion
Deutschland

Impressum

4/2021

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30, Fax: (030) 303 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Kathrin Finke (v.i.S.d.P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23.10.2021
Annahmetermin für Ausgabe 5/2021: 5.11.2021
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

den, und Paula Kirchner (Gruppe Chemnitz) über Europa im Alltag.

Der Auftakt der Europaministerkonferenz unter dem Vorsitz Sachsens wurde musikalisch umrahmt von zwei Preisträgern und einer Preisträgerin des sächsisch-tschechischen Musikpreises „Prague Junior Note“.

Verantwortlich: Katharina Wolf

Stoppt die Zahlungen an Polen!

Beschluss des EUD-Präsidiums zum polnischen Verfassungsgerichtsurteil

Als eine „Kampfansage, die nicht unbeantwortet bleiben darf“ bezeichnete das Präsidium der EUD in einem gemeinsamen Beschluss das jüngste Urteil des polnischen Verfassungsgerichts zum EU-Recht: Teile des EU-Rechts seien unvereinbar mit der Verfassung des souveränen Staates Polen, hatten die obersten Richter in Warschau am 8. Oktober verkündet und damit einen Sturm der Entrüstung in den Nachbarländern ausgelöst. Hier der EUD-Beschluss vom 12.10. im Wortlaut:

Die Entscheidung des höchsten polnischen Gerichts, dass europäisches Recht keinen grundsätzlichen Vorrang vor polnischem Recht hat, gefährdet die rechtlichen und politischen Grundlagen, auf denen die Europäische Union aufgebaut wurde. Hat dieses Urteil innerhalb der EU Bestand, kann die EU sich nicht länger als Rechtsgemeinschaft bezeichnen. Die überparteiliche Europa-Union Deutschland fordert deshalb zügige, weitreichende und schmerzhaft Sanktionen wie den umgehenden Stopp aller EU-Zahlungen an Polen und die Ergreifung aller möglichen Maßnahmen nach Artikel 7 des EU-Vertrages.

Für einen Staat, der so agiert, ist kein Platz in der europäischen Rechts- und Wert-

tegemeinschaft. Es gilt, diese Rechtsbrüche zu sanktionieren, da die EU auf Basis einer solchen Rechtsprechung nicht dauerhaft bestehen kann. Die generelle Infragestellung des Vorrangs des Unionsrechts, die den Staatenverbund faktisch auf den Status eines lockeren Staatenbundes herabstufen würde, eröffnete der polnischen Regierung sich gegen jedwede Verpflichtung zu stellen, die aus dem Sekundär- und Primärrecht der EU folgt.

Die polnische Regierung verweist zu ihrer Verteidigung auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum PStP-Programm. Wir weisen dies mit Nachdruck zurück, denn das BVerfG-Urteil bezieht sich auf einen sekundärrechtlichen Akt und stellt anders als das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts den generellen Vorrang des Unionsrechts nicht in Frage. Insbesondere handelt es sich beim Bundesverfassungsgericht um ein unabhängiges Gericht, das ein hohes Maß an Vertrauen in der Bevölkerung – über die politischen Lager hinweg – genießt. Das polnische Verfassungsgericht hingegen wurde in den letzten Jahren rechtswidrig umgebaut und die Unabhängigkeit der Richter durch die Schaffung einer von der Regierung kontrollierten Disziplinarkammer

de facto abgeschafft. Richter wurden gegen ihren Willen in den vorzeitigen Ruhestand geschickt und durch Richter, die der Regierungspartei nahestehen, ersetzt. Wir solidarisieren uns deshalb mit den Polinnen und Polen, die als Ausdruck ihres Entsetzens in den großen polnischen Städten demonstrieren.

Polen entwickelt sich – wie bereits Ungarn zuvor – zu einem autoritären Staat, der nicht mehr als Demokratie bezeichnet werden kann. Für solche Staaten darf kein Platz in der EU sein, wenn diese auch weiterhin eine Rechts- und Wertgemeinschaft sein will.

Die neue Bundesregierung, die es zügig zu bilden gilt, muss deshalb über die o. g. konkreten Maßnahmen hinaus eine Initiative für eine europäische Allianz der Demokratien ergreifen und das Problem der Herausbildung autoritärer Staaten innerhalb der EU entschlossen angehen.

Diese Allianz kann, falls alle anderen Mittel scheitern, den Ausgangspunkt für eine Neugründung, für einen europäischen Bundesstaat, sein. Das europäische Projekt wird nur bestehen können, wenn es sich als wehrhaft gegen autoritäre Akteure erweist. ■

Deutsch-Baltischer Jugenddialog

Schülerinnen und Schüler des Schiller-Gymnasiums Berlin sowie zugeschaltete junge Menschen aus Estland, Lettland und Litauen diskutierten im Welsaal des Auswärtigen Amtes rund um die Themen EU-Außenpolitik, Energie- und Klimapolitik sowie Rechtsstaatlichkeit. Rede und Antwort standen ihnen Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Zanda Kalnina-Lukaševica, Parlamentarische Staatssekretärin im lettischen Außenministerium, Arnoldas Pranckevičius, Stellvertretender Außenminister für europäische Angelegenheiten in Litauen, und Mārt Volmer, Europa-Staatssekretär in Estland. Anlass der Veranstaltung Ende August war das 100-jährige Jubiläum der erstmaligen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den drei Ostseeanrainern und Deutschland. Der Hybrid-Jugenddialog gehört zu den grenzüberschreitenden Projekten unter dem Dach der EUD-Bürgerdialogreihe „Europa – wir müssen reden“, die mit einem Deutsch-Französischen sowie einem Deutsch-Österreichisch-Tschechischen Online-Bürgerdialog im Oktober ihre erfolgreiche Fortsetzung fanden. ■



Foto: photothek.net_Felix Zahn